— denn so etwas kann man nur einen Unglücksfall nennen! — begleitet sie in die enge Zelle, sondern sicherlich auch das Gefühl eigener Schuldlosigkeit. Als man den Chinazug begann, schrien die staatserhaltenden Organe, die gelbe Bestie müsse schonungslos ausgerottet, Pardon dürfe den Chinesen nicht gegeben werden — zwei Jahre darauf wird ein Redakteur zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er es für keine milde Kriegführung hielt, daß chinesische Zivilisten, die gefangen mitgeschleppt wurden, wegen angeblichen Fluchtversuchs einfach niedergestochen wurden. Kollege Schröder sagte dem Staatsanwalt ins Gesicht: „Der Staatsanwalt scheint in großer Verlegenheit gewesen zu sein, als er die Anklage gegen mich erhob. Man kann den Artikel mit der schärfsten Lupe betrachten und man wird nichts darin finden, was gegen die §§ 185 und 186 des Str.-G.-B. verstößt. Erst als ich durch die Verhandlung gegen Schmidt und John erfuhr, welche Stellen des Artikels eigentlich inkriminiert seien, wurde mir klar, warum nicht das Blatt unter Anklage gestellt war, das zuerst den Brief gebracht hatte, die in Stuttgart erscheinende Schwäbische Tagwacht. In Württemberg hätte sich schwerlich ein Staatsanwalt gefunden, der Anklage erhoben hätte." Und, so fügen wir hinzu, schwäbische Richter hätten auch schwerlich ein solches Urteil gefällt. Die Berliner Verfechter der Gerechtigkeit haben die Beweisanträge abgelehnt, weil sie die in dem Artikel behaupteten **Thatsachen als wahr unterstellten.** Sodann haben sie aber Schröder aus § 186 verurteilt, denn — — **die Thatsachen seien nicht erweislich wahr.**

Unsere gewöhnliche Logik reicht nicht aus, um die unergründlichen Tiefen der juristischen Finesse zu durchschauen, die hinter diesem Widerspruche verborgen liegt. Da „stehen wir einfach ohnmächtig da," wie Schröder vor Gericht sagte.

Die Politik der Wut.

Die Münchner Post schreibt:

Ein Interessent eines medizinischen Instituts, für das im Kultusetat eine Neubauforderung vorgetehen ist, erkundigte sich bei einem der akademisch gebildeten Mitglieder des Zentrums nach den Aussichten des Postulats. Ihm wurde die Antwort: Das Zentrum wird beim Kultusetat jetzt alles so lange ablehnen, bis ein ihm genehmer Minister da ist. Der Referent Dr. Schädler ist zur Zeit **äußerst erregt und will der Regierung die Macht des Zentrums fühlen lassen.** Kommen Sie über acht Tage wieder, dann hat sich vielleicht die Erregung Schädlers etwas gelegt und es läßt sich vielleicht etwas machen . . .!

Es sind doch große — — Politiker vor dem Herrn, diese „äußerst erregten" Zentrumshäuptlinge! Es ist Zeit, daß das Volk sie mit Schimpf und Schande aus dem Tempel jagt.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Juli. Die Zolltarifkommission begann am Donnerstag die Beratung der Papierzölle. Die Vorlage erhöht die jetzt geltenden Zollsätze nicht unbedeutend. Während die Freisinnigen Zollherabsetzung und unsere Genossen Zollfreiheit beantragten, lag ein von den Agrariern unterstützter Antrag des Papierindustriellen Horn-Goslar (natl.) vor, der noch wesentlich höhere Sätze als die Vorlage verlangte. Graf Posadowsky und Handelsminister Möller verteidigten in längeren Reden die Vorlage so gut es ging, bekämpften dagegen aufs schärfste die Anträge Horn. Herr Möller nannte bei dieser Gelegenheit die Zollkommission eine Interessenvertretung, da die Fraktionen sich in ihr vorwiegend durch Spezialisten vertreten ließen, die gleichzeitig Interessenten seien. Sehr richtig! Nur wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Die einseitige Interessenpolitik der Regierung zu Gunsten der Junker steht dem Fetischen um die höchsten Zollsätze in der Kommission um nichts nach. Molkenbuhr hat ausgerechnet, daß bei einem Mehrzoll von 1 Pf. pro Kilo für Papier, dies für das Hamburger Echo eine Mehrausgabe von 6000 M. (!) bedeuten würde. Aehnlich steht es mit den übrigen Zeitungen. Indessen, die Mehrheit ließ sich nicht belehren und nahm die für „unannehmbar" erklärten Anträge Horn an.

Freitag werden die Beratungen fortgesetzt.

— Der Schwindel mit den Attentatsgerüchten der Tarifkommissionsmehrheit wird im Vorwärts jetzt aufgedeckt. Danach handelt es sich um ein Gespräch eines Mitgliedes aus einer bürgerlichen Partei mit Stadthagen unter vier Augen angeblich zu lange Reden. Die Mehrheit, so meinte der Herr, würde wohl auf Aenderung der Geschäftsordnung durch Abkürzung der Redezeit und dergleichen hinwirken. Stadthagen erwiderte den Herren, sie könnten doch nicht leugnen, daß Bassermann sicher sachlich vorgehe, jeder Versuch, die Rechte der Minderheit noch mehr zu beschneiden, würde zu Gegenmaßregeln führen. Die Sozialdemokraten müßten es sich entscheiden verbitten, ihnen Vorschriften über die Art ihrer Reden zu machen. Wenn längere Reden gehalten würden, so läge das daran, daß nicht zusammengehörige Tarifnummern zusammengezogen würden, um den Gegnern des Tarifs die Reden physisch zu erschweren. Ferner trage die fortdauernde Schlußmacherei zweifellos nur Verlängerung von Reden bei. Es sei selbstredend, daß mit Rücksicht auf solche Schlußmacherei der Begründer des Antrages auf Zulässigkeit die und da einzelne Einwände werde behandeln müssen. Völlig verkehrt sei es, Bassermann einen Vorwurf daraus zu machen, daß er „3 Stunden und 33 Minuten" geredet habe. Diese 3 Stunden und 33 Minuten verteilten sich auf 13 Anträge, so daß auf die Begründung jedes so wichtigen Antrages nur etwa 16 Minuten fallen. Daß Bassermann sachlich rede, können sie doch nicht leugnen, wenn sie auch nicht mit ihm einverstanden seien. Bei diesem Privatgespräch äußerte ein Mitglied der Tarifkommission: Wenn die Freisinnigen würden sich einer Aenderung der Geschäftsordnung nicht widersetzen. Stadthagen erwiderte, das glaube er nicht, übrigens sei ihm das gleichgültig; wolle ein freisinniges Mitglied sich blamieren, so stehe es ihm frei. An der Ausübung ihrer Pflicht ließen sie (die Sozialdemokraten) sich durch niemand hindern.

Die Reichstagsersatzwahl im Lieberschen Wahlkreis gestaltet sich immer mehr zu einer Komödie der Irrungen. Dieser Tage meldeten verschiedene Blätter, daß auch der zweite Bündlerkandidat, Herr Brand-Reybach, für die Ehre eines Durchfalls gedankt; er hat offenbar noch genug an dem Durchfall bei der Wiesbadener Wahl im Herbst v. J. In der Emser Zeitung veröffentlicht er eine Erklärung, daß die Aufstellung seiner Reichstagskandidatur ohne sein Wissen und Willen geschehen ist, denn sein Kopf stehe ihm jetzt nicht nach Reichstagswahl oder Reichstagskandidatur. Nun kommt die agrarische Deutsche Tageszeitung und behauptet, die Nachricht, daß Herr Brand-Reybach die Kandidatur ablehne, sei, wie Herr Brand dem Blatt telegraphiere, unzutreffend. Herr Brand habe die Kandidatur angenommen und werde dabei beharren. Die ganze Geschichte von der Ablehnung der Kandidatur sei von der Zentrumspresse nur in die Welt gesetzt worden, um die Wähler irre zu führen. Wenn das richtig ist, dann wäre das allerdings ein Fälschertückchen ärgster Art. Bei den eigenartigen Moralbegriffen in den Ultramontanen freilich alles zuzutrauen. Der Zweck heiligt bei ihnen eben die Mittel.

Die antisemitische Nationalgröße. Der N. Ztg. schreibt man: Die Pöklerversammlungen, die vom Dreschgrafen und seinen Freunden unentwegt weitergeführt werden, gestalten sich nachgerade zu Berliner Volksbelustigungen. Tausende und Abertausende wollen das Vergnügen genießen, den Dreschgrafen schimpfen zu hören, und sie scheuen nicht vor dem Opfer von 30 Kupferlingen zurück, wenn ihnen dafür im antisemitischen Zirkus ein Mitglied der höchsten Aristokratie in seinem Größen- und Verfolgungswahn vorgeführt wird. Das Vergnügen ist ja kein edles, aber es ist nicht zu verkennen, daß es immerhin einen gewissen pikanten Anreiz bietet. Leider ist es auch nicht ganz harmlos, denn bei jeder Versammlung kommt es infolge des Andranges zu Ruhestörungen. Bei einer der letzten wurde der judenfeindliche Graf von einer aufgeregten Menge verfolgt, die sein eigenes Dreschwerkzeug an ihm anwenden wollte. Dies kam zum Glück nicht zu stande, weil ein Arbeiter im psychologischen Moment dem Bedrohten zurief: „Herr Graf, haben Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?" Durch diesen zeitgemäßen Zwischenruf wurden die Verfolger entwaffnet und der Zorn löste sich in Heiterkeit auf.

Vom Gottesgnadentum. Vor einigen Tagen ist die älteste deutsche Fürstin, die Herzogwitwe Friederike von Anhalt-Bernburg gestorben. Sie war mit dem Herzog Karl Alexander vermählt gewesen, der schon vor vielen Jahren in geistiger Umnachtung verschieden ist. Schon als sich die damalige Prinzessin Friederike von Holstein-Glücksburg dem jungen, eben zur Regierung gelangten Herzoge Alexander Karl vermählte, zeigte er bedenkliche Störungen des Denkvermögens, die übrigens oft nicht eines heiteren Anstriches entbehrten. So war seine erste That nach seiner Thronbesteigung, die Schildwache vor seinem Palais in Ballenstedt zum Hauptmann zu ernennen. Er hatte damit nur seine Herrschermacht erproben wollen, aber die Probe mißlang, denn seine Umgebung veranlaßte schleunigst, daß die Schildwache, gegen angemessene Geldentschädigung, freiwillig auf das außergewöhnliche Avancement verzichtete. Bedenklicher war schon seine Liebhaberei, in Alexisbad die Kurgäste vom Fenster aus mit Wasser zu bespritzen. Seltsamerweise bewahrte sich der Fürst, auch als er wachder völlig verblödete, eine leidenschaftliche Neigung zur Musik. Ja, er komponierte sogar selbst und kannte keine größere Freude, als wenn seine Kompositionen im Hofkonzert aufgeführt wurden.

Und von diesem Herrscher in Anhalt-Bernburg von 1847 bis 1863 — also nahezu 20 Jahre lang — „regiert" worden!!

Aus dem dunkelsten Deutschland. Kann das Kartenlegen als Betrug angesehen werden? Die Aachener Strafkammer hat die Frage, ob das Kartenlegen ein Betrug aus § 263 des R. Str.-G.-B. sei, verneint und eine aus diesem Grunde angeklagte Kartenlegerin freigesprochen. Sie hatte einer Anzahl Frauen und Mädchen aus den Karten Auskunft darüber gegeben, wie es um die Treue ihrer Ehegatten oder Verlobten bestellt sei, und sie hatte sich dafür Geld geben lassen. Der Gerichtshof legte bei der Begründung des Urteils ein Hauptgewicht auf die durch die Beweisaufnahme festgestellte Thatsache, daß sowohl die Kartenlegerin als auch deren Kunden fest davon überzeugt gewesen und auch noch seien, daß aus dem Kartenlegen die volle Wahrheit zu Tage getreten sei.

In der Aachener Ecke des deutschen Reiches arbeiten die Schwarzen unermüdlich an der „Bildung" des Volkes!

Kleine politische Nachrichten. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, hat auf eine Anfrage der Stargander Ztg. geantwortet, daß es allerdings seine Absicht sei, sich nach Ablauf seines Mandats vollständig von der politischen Thätigkeit zurückzuziehen. Danach würde also Frhr. v. Wangenheim nicht blos auf seine Mandate für den Reichstag und Landtag, sondern auch auf den Vorsitz im Bunde der Landwirte verzichten. Das Abwirtschaften ist schnell gegangen; Herr v. Wangenheim hat nur vier Jahre dazu gebraucht. — Das Gemeindekollegium zu München lehnte einstimmig den Antrag des klerikalen Gemeindebevollmächtigten Hermann auf Errichtung von Toleranzhäusern zur Beschränkung der Straßenprostitution ab. — Kultusminister v. Landmann ist als Regierungspräsident von Niederbayern in Aussicht genommen. Der derzeitige Regierungspräsident von Niederbayern ist schwer leidend.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausgleich. Die Wahrscheinlichkeit, daß es zwischen den Regierungen zu einer Vereinbarung kommen werde, ist ungemein gestiegen; die Wahrscheinlichkeit, daß der Ausgleich, Zoll- und Handelsbündnis und Zolltarif Entwurf, bis Ende des Jahres in beiden Parlamenten fertig sein wird, ist aber trotzdem recht gering.

Frankreich.

Europäisches Sklavenleben. Bei dem Empfange der Mitglieder des Kongresses zur Unterdrückung des Mädchenhandels richtete der schweizerische Gesandte, Dr. Lardy, namens der auswärtigen Vertreter eine Ansprache an den Präsidenten Loubet, in der er den Wunsch auf Schaffung einer internationalen Gesetzgebung zur Unterdrückung des Mädchenhandels ausdrückte. Dieser solle nicht mit Geldbuße, sondern mit Kerker- und Gefängnisstrafe bedroht werden. Ferner müsse eine internationale Ueberwachungspolizei ins Leben gerufen werden, die im stande sei, mit Geschick den internationalen Kupplern entgegen zu treten. Lardy verbreitete sich sodann besonders über die zur Ueberwachung erforderlichen Präventivmaßregeln und die Mittel, den Opfern des Landes zu helfen, denn die jungen Mädchen, die allein im fremden Lande stehen, seien den Ratschlägen dieser Elenden und der Versuchung ausgesetzt. Präsident Loubet erwiderte, indem er dem Vorredner seine Fürsorge für die Angelegenheit versicherte. Alle zivilisierten Nationen müßten bei dem jetzigen Stande der Dinge, der selbst Gleichgültige beunruhige, eingreifen. Sollte man das, was zum Schutze kleiner Vögel möglich sei, nicht auch in der Frage thun können, deren sittliche Bedeutung so wesentlich sei?

Zur Lage in Frankreich. In einem ausführlichen Rückblick auf die abgelaufene Parlamentssession sagt der Pariser Mitarbeiter des Vorwärts: „Die erste Bedingung einer gedeihlichen Thätigkeit der neuen Mehrheit, ein fester Zusammenhang und ein einheitliches Willensorgan, ist gegeben. In welcher Richtung aber wird sich der einheitliche Wille bethätigen und wie weit geht seine Einheitlichkeit? Auf diese Frage giebt die erste Session keine bestimmte Antwort, abgesehen von der sicheren Verschärfung der unter dem früheren Ministerium begonnenen antiklerikalen Aktion. In der That, die vier Mehrheitsgruppen haben, ebenso wie die aus verschiedenartigen Elementen zusammengesetzte Regierung, einen wirklich einheitlichen Willen nur in Bezug auf den Antiklerikalismus. Schon in der Frage der Steuerreform ist die Mehrheit ebenso gespalten wie die Regierung. Das Votum der Tagesordnung Jaurès — dessen Einstimmigkeit allein übrigens schon seine Bedeutung verringert, indem rabiate Gegner der Steuerreform gemäß einem üblichen ordinären Manöver dafür stimmten — verpflichtet ja die Regierung auf nichts anderes als auf dieselbe verschwommene Formel, die bereits in der ministeriellen Deklaration enthalten war. Nur daß jene Tagesordnung noch den selbstverständlichen Vorbehalt macht, die kommende Regierungsvorlage umändern zu dürfen. In dieser Frage hat eben Finanzminister Rouvier das Heft in der Hand, und von ihm ist mit Sicherheit eine Verhinderung der Steuerreform zu erwarten. Ebenso wird ihm die bedrängte Finanzlage den erwünschten Vorwand bieten, die Einführung der Altersversorgung und andere Sozialreformen auf die lange Bank zu schieben.

Einen reformfreundlichen Gegendruck aber von der gesamten Mehrheit zu erwarten — dessen Jaurès sicher ist —, dafür fehlt jeder Anhaltspunkt. Ich meine, wenn die regierungsfreundlichen Sozialisten wegen des Antiklerikalismus und der Reformen sich dem republikanischen Kartell anzupassen für nötig halten, warum sollen dann die rechtsstehenden Elemente dieses Kartells nicht ihrerseits aus Rücksicht auf die Fortdauer des scharf antiklerikalen Ministeriums die Sozialreform in den Hintergrund schieben? Ja, es hat allen Anschein, daß der Antiklerikalismus unter dem Kabinett Combes zu derselben Rolle sich auswachsen dürfte, welche die „republikanische Verteidigung" unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau gespielt hat — zur Rolle eines Blitzableiters gegen Ministerkrisen und wirkliche, ganze Reformen. Die Klerikalen sorgen ihrerseits dafür sehr eifrig durch ein berechnet übertriebenes Geschrei über die bloße Anwendung des Vereinsgesetzes, als ob es den Mönchsorden an Hals und Kragen ginge."

Ausdrücklich macht der Korrespondent dann auf die Gefahren aufmerksam, die aus einer Verwischung der Klassengegensätze im französischen Parlament erwachsen können.

Holland.

Versagt schon wieder! In einer Meldung aus dem Haag wird behauptet, daß das internationale Friedensgericht die Lösung des diplomatischen Konflikts zwischen Italien und der Schweiz auf Antrag Italiens übernommen habe. Wir haben Anlaß, so schreibt das B. T., diese Meldung nicht für zutreffend zu halten. Es scheint indessen eine Vermittlungsaktion zu schweben an der, allem Anschein nach, mehrere Mächte beteiligt sind.

Belgien.

ac. **Meuternde Soldaten.** In Namur waren die Genietruppen nach hartem Dienst in die Kaserne zurückgekehrt; sie bekamen zu Mittag Suppe vorgesetzt, die, wie sie behaupteten, nach Petroleum roch. Sie weigerten sich, diese zu essen und verlangten etwas besseres. Ein Offizier kostete die Suppe und behauptete, daß sie gut sei. Am Nachmittag weigerten sich die Soldaten, Dienst zu thun. Ein höherer Offizier mußte erst die Kriegsartikel verlesen lassen, ehe die Soldaten nachgaben.

England.

Bullers Freunde können sich über die Blamage des Handgemenges nach immer nicht beruhigen; sie haben deshalb im Unterhause die Rede nochmals darauf gebracht, sind aber dabei schlimm gefahren. Die Regierung erklärte, sie habe sich von keinerlei Vorurteil gegen Buller bestimmen lassen, im Gegenteil, sie habe sich sogar von einer zu großen Rücksichtnahme auf ihn verleiten lassen. Das Heliogramm, in dem General Buller nach der Schlacht bei Colenso dem General White zur Uebergabe geraten habe, sei so außergewöhnlicher Art gewesen, daß die in Ladysmith Eingeschlossenen geglaubt hätten, die Mitteilung sei ihnen von den Buren gemacht worden, die in den Besitz des Chiffrenschlüssels

---

riffen und Gottlieb Mettmann setzte seinen Fuß über die Schwelle.

„Komm zu mir, Richard! Du hast bei diesem Herrn nichts zu suchen!"

Ohne ein Wort zu sprechen, wies Bode den Verleger mit seinen Blicken hinaus; Richard hatte nur noch Zeit, zu rufen: „Ich komme gleich, Vater!" — dann war er wieder mit Bode allein.

„Was ist geschehen?" rief er erregt. „Vertrauen Sie sich mir an, vielleicht läßt sich noch alles ordnen; Sie sind der einzige Mann, der diese verdammte Zeitung noch ehrlich machen kann!"

Bode langte nach seinem Ueberrock.

„Lieber Herr Mettmann," sagte er mit gerunzelter Stirn, „wenn diese Meinung Ihr Ernst ist, so können Sie sich nur darüber wundern, wie ich so lange hier aushalten konnte; ich habe Ihnen damals nicht verschwiegen, daß ich nicht ohne Widerwillen und mit recht schlechtem Gewissen diese Stellung angenommen habe; ich glaubte, einen Kompromiß schließen zu können zwischen meinen Idealen und dieser Wirklichkeit hier. Lieber Herr Mettmann, jeder Kompromiß zieht herunter, ich habe es gefühlt, und habe zu meiner Schande geschwiegen, und es bedurfte einer ganz ungewöhnlichen Schurkenthat, um mich zum Sprechen zu bringen; vor einer halben Stunde habe ich's hier erfahren, und jetzt gehe ich und schüttle den Staub von meinen Sohlen."

Bode hatte den Ueberzieher mit festen Griffen zugeknöpft und nahm seinen Hut von der Wand.

Richard trat ihm in den Weg.

„Herr Doktor Bode," rief er mit gerungenen Händen, „jetzt handelt es sich um die Ehre meines Vaters! Ich bin nicht mehr so wie vor einem halben Jahre; wenn Sie diesen ganzen Wucher bisher ertragen haben und heute so fortgehen, so muß sich etwas Entsetzliches ereignet haben. Ich fordere Rechenschaft von Ihnen! Was haben Sie meinem Vater vorzuwerfen? Schauen Sie mich nicht so trotzig an, ich drohe nicht. Ich stehe auf Ihrer Seite, wenn Sie im Rechte sind!"

Bode überlegte. Die Schuld Mettmanns gegen Käthe ging den Sohn nichts an; aber Bode war ja schon entschlossen gewesen, um Johannas willen zu gehen. Für Johanna hätte dieser Richard Mettmann eintreten sollen; Bode wurde heiß vor Zorn, er mußte seinen Ueberrock wieder aufknöpfen und tief Atem holen, dann rief er mit erzwungener Ruhe:

„Sie kennen Fräulein Johanna von Havenow, wir haben uns ja in ihrem Hause wiedergefunden! Diese Dame ist in der „Fanfare" Ihres Herrn Papas in der bübischsten Weise verleumdet worden, man hat sie fast mit voller Nennung ihres Namens in Zusammenhang gebracht mit gemeinen Dirnen. Man hat sie öffentlich ein Malermodell genannt. Das hätte jedem Freunde des Fräuleins von Havenow genügen müssen, um sich ihrer anzunehmen; es wundert mich sehr, daß der Verfasser dieser Notiz und ihr Verbreiter noch nicht gepriegelt worden sind!"

„Herr Bode, diese Sache ist mir sehr ernst; auch ich habe den Aufsatz mit Empörung gelesen, aber ich habe geglaubt, es — sei eine gut gemeinte Ungeschicklichkeit . . ."

„Und Sie haben sich gesagt: wer wird für ein Malermodell die Hand aufheben? Ich aber sage Ihnen, es war eine Büberei und von langer Hand vorbereitet! Man hat es gewagt, ein schutzloses Mädchen zu beschimpfen, welches vom Morgen bis tief in die Nacht heimlich arbeitet, um eine eitle Mutter und einen leichtsinnigen Bruder nicht zu Grunde gehen zu lassen. Bis Sonnenuntergang pinselt dieses Malermodell für einen Hungerlohn in der Fabrik eines Diffelhof. Vielleicht hat er sie dort heimlich porträtiert! Und nach Sonnenuntergang schreibt dieses Malermodell für noch schlechteren Lohn den Unsinn ab, den verdrehte Gelehrte und erbärmliche Novellisten ihr ins Haus schicken. Die langweiligsten Abhandlungen über römische Litteratur hat Fräulein Johanna von Havenow-Trienitz abgeschrieben, zehn Pfennig für den Bogen. Und Sie wissen, worüber dieses Malermodell noch gestern abend seine schönen, feuchten Augen gebeugt hielt? Sie kopiert die langweilige Oper des Herrn Richard Mettmann!"

„Das ist nicht wahr, das habe ich nicht gethan!" rief Richard außer sich.

„So haben es dieselben Leute gethan, die die Büberei für die Zeitung verfaßt haben. O, fragen Sie doch Frau Kommerzienrat Pitersen, ob sie weiß, wie man ein junges Weib zum Selbstmord treibt! Sie versteht sich darauf!"

Richard wurde totenblaß, er rief:

„Wollen Sie das Unrecht gegen das Fräulein von Havenow dadurch gut machen, daß Sie die andere Dame beschimpfen?"

Bode sah plötzlich Johanna vor sich, wie sie ihn beschworen hatte, Richard nicht zu verdammen, der gewiß von allen den häßlichen Geschichten nichts wisse, und hart sagte er:

„Nur ein Verblendeter kann Fräulein Johanna und die andere in einem Atem nennen!"

Und hochaufgerichtet ging er seinen Weg.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020718/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG